Viel Aufregung um Windkraft

Mindestabstände sollten aus den Gegebenheiten vor Ort entwickelt werden

■ Kreis Paderborn (NW). Die Forderungen des Regionalbündnises gegen Windenergie stehen den Zielen des Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Paderborn entgegen und hätten das Scheitern der Energiewende in Nordrhein-Westfalen zur Folge. Darauf weist der Runde Tisch „Paderborner Land 100 % erneuerbar" in einem Schreiben an die Landesregierung NRW und die Landtagsfraktionen hin.

Der Runde Tisch wirft dem Zusammenschluss von Bürgerinitiativen vor, wissenschaftliche Fakten zu ignorieren und mit polemischen Aussagen wie „Wir werden alle krank" Stimmung gegen Windenergie zu machen.

Das so genannte „Regionalbündnis Windvernunft" hatte in einer Resolution gefordert, für NRW die 15-fache Gesamthöhe einer Windenergieanlage (WEA) als Mindestabstand zur Wohnbebauung festzuschreiben.

Der Runde Tisch gibt zu bedenken: Bei üblichen Anlagenhöhen von 150 bis 200 Meter würden Freiflächen mit bis zu sechs Kilometer Durchmesser benötigt. Solche Flächen, die zudem für WEA geeignet sein müssten, gebe es in NRW fast nicht mehr. Das Ziel, den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung bis 2020 auf landesweit 15 Prozent mehr als zu verdreifachen, wäre unmöglich erreichbar.

Für pauschale Abstandsregelungen gebe es immissionsschutzrechtlich keine Rechtfertigung.

Der Runde Tisch fordert, Mindestabstände stattdessen aus den konkreten Gegebenheiten vor Ort zu entwickeln. Die vom Regionalbündnis geforderte 15-fache Gesamthöhe einer Windenergieanlage als Mindestabstand sei willkürlich, wäre das Aus für die Windenergie in NRW und habe mit „Windvernunft" nichts zu tun.

»Regionalbündnis Totengräber der Energiewende«

Das Regionalbündnis handele gegen das Gemeinwohl und betätige sich mit seiner absurden Abstandsforderung als Totengräber der Energiewende in NRW.

Der Runde Tisch weist das vom Regionalbündnis behauptete Gesundheitsrisiko durch nicht hörbaren Infraschall von WEA als wissenschaftlich unbegründet zurück. Zum einen würden Infraschallimmissionen im Genehmigungsverfahren geprüft. Zum anderen verschweige das Regionalbündnis, dass jeder Mensch im Alltag – zum Beispiel beim Autofahren – deutlich höheren Infraschallbelastungen ausgesetzt sei als Anlieger von Windenergieanlagen. Untersuchungen belegten, dass bereits bei einem Abstand von 600 Meter kein Unterschied mehr feststellbar sei, ob eine WEA in Betrieb oder außer Betrieb sei. Das Vorgehen des Regionalbündnis sei fachlich nicht gerechtfertigt und zum Teil auch unlauter, so der Runde Tisch.

So verweigerten Vertreter des Bündnises eine argumentative Auseinandersetzung und begäben sich ins Fahrwasser so genannter „Klimaskeptiker", die einen Zusammenhang zwischen anthropogenen Kohlendioxidemissionen und der Erderwärmung leugneten.